



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

α.: Die neueste Stellung Württembergs zur deutschen Rechtseinheit.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die neueste Stellung Württembergs zur deutschen Rechtseinheit.

Aus Schwaben.

Was wir neulich nur angedeutet, hat sich schnell verwirklicht. Wiederum stehen wir vor einer jener überraschenden Frontveränderungen, welche Herr von Mittnacht mehr und mehr als den unberechenbarsten der deutschen Staatsmänner erscheinen lassen*). Am 12. Dezember 1871 hatte er im württembergischen Ständehaus, am 9. April 1872 im Bundesrath zu Berlin erklärt, „die württembergische Staatsregierung werde angemessenen Erstreckungen der Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung im einzelnen Fall nicht entgegengetreten, müsse aber diesen Weg jedesmaliger Wahrung der für Verfassungsänderungen durch Artikel 78 der Reichsverfassung bestimmten Form für den allein annehmbaren erklären“. Noch schärfer hatte er sich hierauf am 29. Mai v. J. über seine Stellung zum Lasferschen Antrag und über die Vorberathung der Reichsgesetzesentwürfe ausgesprochen. Ja, auch im letzten Dezember auf den Berliner Ministerconferenzen hatte er sich dem bayerischen Justizminister Fäustle angeschlossen, ein oberstes Reichsgericht abgelehnt und sich für einen bloßen Reichsrechtshof erklärt. Durfte man sich hiernach wundern, daß der Führer unserer schwäbischen Volkspartei in der Kammer nunmehr den passenden Augenblick gekommen glaubte, um dem Lasferschen Antrag und der Einheit der deutschen Gerichtsorganisation von Württemberg aus durch seine Interpellation den letzten entscheidenden Schlag zu versetzen?

War es doch auch in Stuttgart bekannt, daß der Director des obersten Landesgerichts und die rechte Hand des Ministers sich vor einigen Monaten im Staatsanzeiger aufs Entschiedenste gegen diese Unificationsbestrebungen ausgesprochen, und daß Herr von Mittnacht neuerdings drei juristischen Sachverständigen — nach seiner Wahl — Gutachten abgefordert und diese sich in abfälliger Weise über den Lasferschen Antrag geäußert hatten.

Und doch hatte sich in dem kurzen Zeitraum von wenigen Wochen seit den Berliner Conferenzen die Situation gänzlich geändert. Herr von Mittnacht, der sein Verhalten stets den Zeitumständen anzupassen weiß, hatte schon vor einiger Zeit sich den Ständen gegenüber ausgesprochen, daß wenn einmal die öffentliche Meinung in Deutschland und das Votum des Reichstags sich für eine Gesetzesvorlage ausspreche und die preussische Regierung sich auf die Seite des Reichstags stelle, es den Mittelstaaten für die Dauer unmöglich sei, aus formellen Gründen auf dem Widerstand zu beharren.

*) In unserm neulichen Citat aus Tacitus, S. 188 unten, hat der Setzer aus subversor sinnentstellend suasor gemacht!

Trug er nun vielleicht plötzlich (s. unsern letzten Artikel) Bedenken, in einer so wichtigen Frage die ganze Verantwortung auf sich zu nehmen, Preußen und dem Reich gegenüber für die Andern den Sündenbock zu spielen? sah er sich vielleicht nach einer Stütze für die fernere Opposition gegen die Reichspolitik um und fand, daß er nur morsches Holz hinter sich hatte? Genug, Herr von Mittnacht benützte die Desterlen'sche Interpellation, um den Rückzug aus seiner bisherigen Position nicht ohne Gewandtheit auszuführen. Seine Rede vom 26. Januar war zwar höchst unentschieden und konnte den nationalen Politiker nicht befriedigen. Es waren der „wenn“ und „aber“ zu viele, und der mit so großem Nachdruck hervorgehobene Standpunkt der Unbefangtheit und Objectivität, welchen der Minister den beiden brennenden Fragen gegenüber einzunehmen behauptete, erschien wunderbar im Munde eines Mannes, der nicht als Richter zwischen den streitenden Parteien zu stehen, sondern als activer Staatsmann für die eine oder die andere Ansicht sich auszusprechen gezwungen, auch der Tragweite eines etwaigen Veto's sich nur zu gut bewußt ist. Aber diese Objectivität, mit welcher er zugleich für und wider sich aussprach, war nur Maske. Es mag in der That schwierig sein, gleichzeitig sich der Krone und dem Hof gegenüber als den brauchbarsten Vorkämpfer für die Bewahrung der Sonderrechte darzustellen, und daneben in Anerkennung des politischen Entwicklungsganges den unausweichlichen Forderungen der Nation gerecht zu werden! Diesen Widerspruch sollte nun dem Minister die Ständekammer überwinden, hinter welcher man wiederum, diesmal nicht dem Reich, sondern der Krone gegenüber, Verstecken spielte.

Während Herr von Mittnacht noch am 24. Januar jede positive Erklärung für oder gegen den Lasferschen Antrag und den obersten Reichsgerichtshof ablehnte, erhielten die vom Ministerium unbedingt dependirenden Mitglieder der Ständekammer die Weisung, mit der nationalen Partei für den Hölder'schen Antrag zu Gunsten jener Forderungen einzutreten. Da die nationale Partei und das sog. eiserne Inventar der Regierung je über ein starkes Drittheil sämmtlicher Stimmen verfügt, die Volkspartei und die Ultramontanen aber nur über den Rest von ca. 24 Stimmen, so hätte es, wenn Herr von Mittnacht auch fernerhin seinen Standpunkt vom Dezember 1872 festhalten wollte, nur eines Winkes bedurft, um die Ablehnung des Hölder'schen Antrags mit einer Majorität von etwa 60 Stimmen gegen 70 herbei zu führen. Statt dessen bot man die Regierungsstimmen bis auf den letzten Mann für Hölders Antrag auf. Zwar erhielt — wir sagen nicht: in Folge dieses Hinzutritts — der Antrag eine sehr unentschiedene und wässerige Haltung, indem darin einerseits die Befriedigung über die mit Hintertüren aller Art versehene Erklärung des Herrn von Mittnacht vom 24. ausgesprochen wurde, andererseits die nichts sagende, ihren Urhebern selbst unklare Phrase

von der „Beachtung der auf einzelnen Gebieten wünschenswerthen Freiheit der eigenthümlichen Rechtsbildung“ Aufnahme fand. Aber der Zweck ist erreicht. Herr von Mittnacht hat jetzt ein Votum der imposanten Mehrheit von 58 gegen 22 Stimmen für den Laskerschen Antrag und den obersten Reichsgerichtshof, mit welchem er sich ebenso sehr dem Hof als dem bayerischen Collegen Fäustle gegenüber — welcher wohl wieder einmal Betrachtungen über württembergische Allianzen anstellen mag — zu decken im Stande ist. Er enthielt sich natürlich der Abstimmung und seine Rede am 30. war nur eine Umschreibung der Stimmenthaltung, er wollte geschoben sein und er wußte ja, daß die Kammer ihm denjenigen Druck nach vorwärts geben werde, den er als Politiker gerade brauchte. Ein positives Eintreten für die Majorität hätte seine Stellung gegenüber dem Hof verrückt. Doch wie dem auch sein mag, läßt sich auch das Votum vom 30. Januar nicht als ein Sieg der nationalen Partei, sondern nur als das Werk des Herrn von Mittnacht selbst auffassen, so ist seine Bedeutung für die nationale Sache deßhalb um nichts geringer. Im Gegentheil, es beweist, daß selbst die Regierung gern oder ungern der Fluth der nationalen Bewegung im ganzen deutschen Reich gegenüber eine Position um die andere aufzugeben gezwungen ist, und daß, so manche herbe Erfahrungen auch den Mitlebenden innerhalb Landes noch vorbehalten sein mögen, Schwaben auch fernerhin die Entwicklung der Dinge in Deutschland vielleicht noch zu verzögern, aber nicht mehr zu hindern im Stande sein wird.

Als charakteristisch fügen wir zum Schlusse noch bei, daß die Minorität am 20. v. M. ausschließlich aus Ultramontanen und Volkspartei bestand. Desterlen aber, der Führer der Volkspartei, sprach dießmal offen aus, „daß er und seine Partei den Kampf gegen die Einheitsbestrebungen nur in Gemeinschaft mit der Krone ausfechten könne. Gebe die Krone in diesem Fall nach, so werde seine Partei bei den Statsäßen für die Gesandtschaften sich auch darnach zu richten haben.“ In der That ein schönes Bekenntniß unserer schwäbischen Republikaner! Herrn von Mittnacht war diese Offenheit seines alten Freundes denn doch zu groß: er erwiderte „einen Handel dahin, in Berlin so oder so zu stimmen, damit Desterlen und seine Freunde die Mittel für die Gesandtschaften verwilligten, könnte er nicht eingehen.“

So erndtete die Volkspartei zum Schaden noch den Spott und zwar durch denjenigen Minister, welchen sie bisher am meisten wegen seines parlamentarischen Sinns gepriesen hatte.

a.